

# Die Linke und die Demokratie

Jo Lang

Seit der Französischen Revolution, in der aufgrund der Sitzordnung in den Generalständen der Begriff ›Linke‹ entstand, war Demokratie bis zum Ersten Weltkrieg ein linker Begriff. Und dessen Kerngehalt war zusammengefasst im Slogan Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit. Dass demokratische Freiheit und Gleichheit ohne die Schwestern bestenfalls halbierte waren, wurde erst ab Ende des 19. Jahrhunderts zu einer verbreiteten Einsicht. Im Folgenden soll der Frage nachgegangen werden, warum links und demokratisch seit etwa hundert Jahren nicht mehr zwingend zusammengehören. Keine vernünftige Person wird heute mehr in Frage stellen, dass der Hauptgrund dafür im stalinistischen Totalitarismus und Terrorismus zu finden ist. Ich widme mich deshalb den zusätzlichen Ursachen.

## **Kapitulation vor Militarismus und Nationalismus**

Die erste Demokratie-Katastrophe war die Kapitulation der Sozialdemokratie gegenüber den militaristischen Eliten Preussens, aber auch Frankreichs und Grossbritanniens im August 1914. Die Unterstützung der Kriegskredite – primär aus Parteiloyalität – war nicht nur ein Nachgeben gegenüber den kapitalistischen, sondern auch den feudalen Eliten. Die Demokratie wurde doppelt verraten: als Alternative zum militaristischen Autoritarismus wie auch zum nationalistischen Kollektivismus. Anstelle des mündigen Individuums im Sinne der »Ideen von 1798«, wie das die deutschen ReaktionärInnen treffend nannten, traten die »Ideen von 1914«: das Volk verstanden als gemeinschaftlicher Körper. Die SPD, die bedeutendste Kraft der Zweiten Internationale, kapitulierte 1918/19 – diesmal aus Staatsraison – erneut vor dem Militarismus. Sie ermöglichte der zerfallenden Armee, insbesondere ihren rechtsextremen Truppenteilen, doch noch einen Sieg: den über die Revolutionäre um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. (Karuscheit 2014, 237f.; Winkler, 2000, 332–336, 382–390)

Die Sozialdemokratie sollte ihrem staatsgläubigen Charakter treu bleiben. Drei Beispiele aus späteren Zeiten: 1949 wehrte sich die schweizerische SP gemeinsam mit dem Freisinn, den Katholisch-Konservativen und der Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei gegen die Aufhebung des 1939 eingeführten Vollmachten-Regimes. Dieses ging laut Jakob Tanner »weit über das hinaus, was Krieg führende Demokratien (...) für notwen-

dig erachteten«. Der Zürcher Staatsrechtler Zaccaria Giacometti nannte es »eine kommissarische Diktatur der Bundesbürokratie« mit »autoritären und totalitären Tendenzen« (Tanner 2015, 259). Im Kalten Krieg beteiligte sich die Sozialdemokratie an der Ausgrenzung Andersdenkender. In den 1960er Jahren machte sich die französische SP mitverantwortlich für Krieg und Folter in Algerien. 1972 führte die SPD in einem Land, das die meisten Nazis geschont hatte, die Radikalenerlasse gegen Linke ein.

### **Freiheit der Andersdenkenden**

Wenige Monate vor ihrer Ermordung am 15. Januar 1919 hatte Rosa Luxemburg noch als Gefangene den russischen RevolutionärInnen, die sie aktiv unterstützte, die demokratischen Leviten gelesen. Im erst 1922 veröffentlichten Manuskript ›Zur russischen Revolution‹ monierte sie zuerst die Auflösung der demokratisch gewählten Konstituante, deren Einberufung die Bolschewiki selber gefordert und ermöglicht hatten. Dabei kritisierte sie Leo Trotzki, aus deren fragwürdigen Zustandekommen »die Überflüssigkeit jeder Konstituierenden Versammlung« geschlossen zu haben. Die »Beseitigung der Demokratie (...) verschüttet nämlich den lebendigen Quell selbst: das aktive, ungehemmte, energische politische Leben der breitesten Volksmassen.« Weiter stellte sie eine Politik in Frage, mit der »das Wahlrecht nur denjenigen verliehen« wird, »die von eigener Arbeit leben« (Luxemburg 1990, 146f.).

Dann folgt die an den Rand gesetzte Bemerkung: »Freiheit nur für die Anhänger der Regierung, nur für Mitglieder einer Partei (...) ist keine Freiheit. Freiheit ist immer Freiheit der Andersdenkenden.« Lenin kritisierte sie in einem antijakobinischen Sinne: »Dekret, diktatorische Gewalt der Fabrikaufseher, drakonische Strafen, Schreckensherrschaft, das sind alles Palliative. Der einzige Weg zu dieser Wiedergeburt: Die Schule des öffentlichen Lebens selbst, uneingeschränkte breiteste Demokratie, öffentliche Meinung. Gerade die Schreckensherrschaft demoralisiert.« Zur Entwicklung der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte schrieb Luxemburg: »Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt.« Auf den Einwand Trotzki's »Als Marxisten sind wir nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen«, antwortet Luxemburg ganz trocken: »Wir sind auch nie Götzendiener des Sozialismus oder des Marxismus gewesen« (ebd, 153 ff.).

### **»Formale Demokratie« und »Diktatur des Proletariats«**

Trotzki's Begriff »formale Demokratie« weist auf ein marxistisches Grundproblem hin: die Engführung der sogenannten bürgerlichen Revolution

und damit auch der Demokratie mit Bourgeoisie und Kapitalismus. Die ursprünglich von liberalen Theoretikern aufgestellte These, dass die Französische Revolution und damit auch die daraus entstehenden Errungenschaften wie universelles Männer-Wahlrecht, parlamentarische Volksvertretung, Gewaltenteilung die Werke der Bourgeoisie zwecks Entwicklung des Kapitalismus seien, ist historisch nicht haltbar. Die Französische Revolution wurde wesentlich getragen von den unterbürgerlichen Schichten, wobei es sich bei etlichen Köpfen um aufgeklärte Mitglieder des Klerus, des Adels und des Bürgertums handelte. Die Bourgeoisie selber hatte mit Kapitalismus wenig am Hut. Dem ›Dritten Stand‹ ging es vor allem um die Besetzung staatlicher Ämter und Pfründen, von denen er ausgeschlossen war. Die Industrialisierung selber begann erst ab 1830, nicht nur viel später, sondern auch viel langsamer als in Grossbritannien, in den USA, in Belgien, in der Schweiz oder selbst in Deutschland. Die Französische Revolution hat in Frankreich die Entwicklung des Kapitalismus eher behindert als befördert. Vor allem aber wurde die sogenannte bürgerliche Demokratie mit gleichem Wahlrecht für alle Männer und all den Freiheitsrechten wesentlich von nichtkapitalistischen und antikapitalistischen Kräften erkämpft.

Hier gibt es bei Marx und auch bei Engels einen auffälligen Widerspruch: Als Praktiker waren sie an allen grossen Demokratie-Bewegungen der 1840er Jahre, am Neuaufbruch der 1860er Jahre mit der Sklavenemanzipation in den USA als zentralem Faktor, an der Commune 1871 und später am Aufstieg der Sozialdemokratie, der Haupterin von 1848, aktiv beteiligt. Aber gleichzeitig fiel es Marx und Engels als Theoretiker aufgrund ihres historischen Irrtums schwer, die Demokratie mit ihren Prinzipien der Gleichheit und Freiheit als allgemeingültige Errungenschaft anzuerkennen, die gerade über jede Form von Klassenherrschaft hinausweist. Eine besonders verheerende Rolle sollte im 20. Jahrhundert der Begriff der »Diktatur des Proletariats« spielen. Marx, der den Begriff 1850 von Auguste Blanqui übernommen, aber die folgenden zwei Jahrzehnte nicht mehr erwähnt hat, meinte damit in antik-römischer Tradition einen zeitlich befristeten Ausnahmezustand. Die Bolschewiki werden mit der »Diktatur des Proletariats« ihre Parteiherrschaft, die Stalinisten ihr totalitäres System begründen (Lang 2018, 161f.).

### **»Ihre Moral und unsere«**

Die marxistische Unterschätzung der Freiheitsrechte, der Rechtsstaatlichkeit, der Verfassungsfragen haben eine weitere Ursache im doppelten Irrtum, Meinungen als blosse Ableitungen von Interessen zu interpretieren und die Vielfalt innerhalb der Arbeiterklasse zu unterschätzen. Leo Trotzki, der bereits in den 1920er Jahren die katastrophalen Folgen des Parteien- und Fraktionsverbots erkannte, polemisierte 1936 grundsätzlich gegen die

Theorie »Eine Klasse – eine Partei«: »In Wirklichkeit sind die Klassen (...) von inneren Gegensätzen zerrissen. (...) Ein Beispiel, wo einer Klasse nur eine Partei entspräche, ist in der gesamten politischen Geschichte nicht zu finden, vorausgesetzt natürlich, dass man nicht den polizeilichen Anschein für die Realität nimmt« (Trotzki 1988, 969).

Aber zwei Jahre nach dieser Einsicht hatte Trotzki einen Rückfall in die frühen 1920er Jahre – mit der Schrift ›Ihre Moral und unsere‹. Darin setzte er sich zuerst differenziert mit dem Verhältnis von Mittel und Zweck auseinander, zog sich dann aber auf die Position zurück, dass der ›Klassenkampf‹ über allen anderen Mitteln stehe und jede Moral ohnehin nur interessengebundene ›Klassenmoral‹ sei. Es war der linksliberale US-Philosoph John Dewey, der in der trotzkistischen Zeitschrift ›The New International‹ am gescheitesten konterte: »Es ist eine Sache, zu sagen, der Klassenkampf sei ein Mittel, um den Zweck einer Befreiung der Menschheit zu erreichen. Eine grundlegend andere Sache ist es jedoch zu sagen, dass es ein absolutes Gesetz des Klassenkampfes gebe, welches die zu verwendenden Mittel bestimme. Der orthodoxe Marxismus teilt mit der orthodoxen Religiosität und mit dem traditionellen Idealismus den Glauben, dass menschliche Zwecke in das innerste Gewebe und die Struktur der Existenz eingewoben sind – eine vermutlich aus seinen hegelianischen Ursprüngen stammende Vorstellung.« Dewey hatte übrigens im Vorjahr als Präsident des Untersuchungsausschusses über die Moskauer Prozesse geamtet und Trotzki von Stalins Vorwürfen freigesprochen (Dewey/Kautsky/Trotzki 2001, 155f., 166).

### **Stärken und Schwächen der 68er Bewegung**

Die 68er Bewegung bedeutete nach den bleiernen Jahrzehnten eines ebenso repressiven wie spiessigen Kalten Krieges einen Durchbruch für Freiheit und Demokratie. Die beiden Begriffe wurden – wie in einer kurzen Phase zwischen 1943 und 1948 – wieder zu linken Begriffen. Diesmal hielt diese Prägung länger an, nicht zuletzt dank dem Sturz der südeuropäischen und lateinamerikanischen Diktaturen in den 1970er und in den 1980er Jahren. In der Schweiz, wo der Kalte Krieg besonders groteske Züge angenommen hatte, wurde der Kampf für das Frauenstimmrecht und ein egalitäres Eherecht, gegen den Militarismus, den Fischenstaat und das Einsperren von 12'000 Militärverweigerern zu linken Hauptthemen. Nach dem Kalten Krieg rächte sich, dass ein Grossteil der Linken den Sturz der osteuropäischen Diktaturen nicht mit derselben Energie unterstützt und mit derselben Freude begrüsst hatte wie den anderer Tyrannen. Zusätzlich erschwerte die mangelhafte Auseinandersetzung mit den negativen Folgen jeder Gewalt, auch jener, die allenfalls unausweichlich ist, die Entwicklung ziviler Alternativen zum globalen Neomilitarismus, der vor dem Hintergrund

des Balkankrieges die Friedensdividende aus dem Kalten Krieg wieder aufhob.

Zur Unterstützung des Militärinterventionismus ab Mitte der 1990er Jahre trug auch die Staatsgläubigkeit der Sozialdemokratie und eines Teils der Grünen bei. Das führte nicht bloss zum Wiedererstarken des Sonderbundes Nato auf Kosten des Völkerbundes UNO. Es stärkte auch ein militärisch-autoritäres Konfliktmanagement im Sinne eines Thomas Hobbes gegenüber einer zivil-partizipativen Konfliktverarbeitung im Sinne eines Immanuel Kant (Lang 1997). Erst die Antikriegs-Bewegung gegen die Irak-Intervention vermochte den Glauben in militärische ›Lösungen‹ zu erschüttern.

Das leichtfertige Vertrauen in autoritär-militärische Lösungen beeinträchtigte auch in anderen Fällen die demokratische Glaubwürdigkeit der Linken. Die von Offizieren angeführte Revolution in Venezuela hätte nur nachhaltig wirken können, wenn die Soldaten nach dem Putsch ihren Platz schnell und umfassend der Ciudadania übergeben hätten (und diese die Überwindung des extraktiven Rentenskapitalismus energischer angegangen wäre). Jedes Militär, auch das progressive, funktioniert nach der Regel von Befehl und Gehorsam. Das Ortega-Murillo-Regime in Nicaragua ist nicht zuletzt die Folge einer autoritären Kontinuität aus dem Guerillakampf, der mit notwendigerweise undemokratischen Strukturen für den Sturz der Diktatur geführt worden ist. Falsch war nicht der bewaffnete Kampf, sondern der Verzicht auf einen radikalen Bruch mit dessen Methoden nach dem Sturz Somozas.

### **Kein Rückfall hinter den politischen Liberalismus**

Der politische Liberalismus ist als Grundlage einer starken Demokratie nicht hinreichend. Diese Einsicht gehört zu den Hauptverdienen eines Karl Marx, der seine ersten publizistischen und politischen Aktivitäten in den frühen 1840er Jahren als Liberaler entfaltet hat. Aber die Geschichte des 20. Jahrhunderts hat uns gelehrt, dass ein Rückfall hinter die Prinzipien des politischen Liberalismus katastrophale Folgen hat. Zu einer Demokratie gehören zwingend die Freiheits-, Menschen- und Minderheitenrechte, das allgemeine Wahl- und Stimmrecht im Sinne von ›One Person – One Vote‹, die Gewaltenteilung und direktdemokratische Instrumente. Die Tatsache, dass mit Domenico Losurdo der wichtigste Kopf des linken Antiliberalismus gleichzeitig Autor einer arg beschönigenden Stalin-Biografie ist, müsste linke DemokratInnen besonders stutzig machen.

Die Anerkennung der liberalen Errungenschaften, welche die Liberalen allzu häufig der Profitmaximierung und der Marktgläubigkeit geopfert haben, ist die beste Voraussetzung für die Verwirklichung einer starken Demokratie, die freiheitlich, egalitär und partizipativ ist. Eine Demokratie

die für alle gilt, die hier arbeiten, wohnen und Steuern bezahlen. Und die die Grundsätze Freiheit, Gleichheit und Partizipation aufs Wirtschaftliche und Soziale ausweitet und damit verallgemeinert.

### **Literatur**

Dewey/Kautsky /Trotzki: Politik und Moral. Die Zweck-Mittel-Debatte in der neueren Philosophie und Politik. Herausgegeben von Ulrich Kohlmann. Lünenburg.

Karuscheit, Heiner (2014): Deutschland 1914. Vom Klassenkompromiss zum Krieg. Hamburg.

Lang, Josef (2018): Karl Marx und die Demokratie: Konsequente Praxis, inkohärente Theorie. In: Wermuth, Cédric / Ringger, Beat (Hrsg.): MarxnoMarx, Zürich.

Lang, Josef (1997): Rede an der GSoA-Vollversammlung vom 23.11.1997. In: <https://www.gsoa.ch/berichterstattung-uber-die-gsoa-vollversammlung-19/> (abgerufen am 30.12.2018).

Losurdo Domenico (2010): Freiheit als Privileg. Eine Gegengeschichte des Liberalismus, Köln.

Losurdo Domenico (2012): Stalin. Geschichte und Kritik einer schwarzen Legende. Köln.

Luxemburg, Rosa (1990): Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden. Berlin.

Tanner, Jakob (2015): Geschichte der Schweiz im 20. Jahrhundert. München.

Trotzki, Leo (1988): Die Verratene Revolution. In: Trotzki Schriften. Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur 1936–1940, Band 1.2., Hamburg.

Winkler, Heinrich August (2000): Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom Ende des Alten Reiches bis zum Untergang der Weimarer Republik, München.